

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Kraftschrift: Tagesblatt Riesa,
Gesetz Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1533
Bischofsplatz Riesa Nr. 52

Nr. 117.

Dienstag, 20. Mai 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Einstehens von Produktionsverrichtungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zeitrauhender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, freie Tarife. Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Lange & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die politische Entwicklung in Frankreich.

Die französische Linke bereitet sich darauf vor, Anfang Juni die Regierung in Frankreich in die Hand zu nehmen. Die einflussreichste Persönlichkeit ist jetzt der Führer der radikalen Linken, Derriot, in dem man bereits den neuen französischen Ministerpräsidenten zu sehen glaubt. Seine Partei, die die stärkste Gruppe in der französischen Kammer darstellt, will mit aller Macht die Regierungsbildung in die Hand nehmen, und sie kündigt bereits in programmatischen Erklärungen an, welche Ziele sie im Auge habe, um der französischen Politik eine neue Richtung zu verleihen.

Das Hauptproblem bildet für die französische Linke die Wiederherstellung mit England. Nachdem Macdonald schon kurze Zeit nach seinem Regierungsantritt offen mit der Erklärung hervorgetreten war, er wüßte die Freundschaft mit Frankreich wieder herzustellen, war für die französische Linke die große Parole ausgegeben worden: Aufrichterhebung der Güter mit England! Der Sieg der französischen Linken ist offenbar nur auf die Tätigkeit der englischen Arbeiterregierung zurückzuführen, die in ihren politischen Kundgebungen stets auf die Schwierigkeiten eines Zusammenarbeitens mit Poincaré hingewiesen hatte. Demnach wird auch der Ausgang der französischen Wahlen von den englischen politischen Kreisen als ein Erfolg Englands bezeichnet, der nach wie vor die führende Stelle des britischen Reiches in Europa sichern werde. In Poincaré glaubt die englische Politik ihren schärfsten Gegner verloren zu haben und wenn man man augenblicklich die englischen Zeitungen verfolgt, so gewinnt man immer mehr den Eindruck, daß sowohl die englischen Liberalen als auch die englischen Sozialisten auf dem besten Wege sind, ihr ganzes Hauptaugenmerk auf das Zusammengehen mit einer französischen Linkenregierung zu richten.

Die Stellung Deutschlands wird zweifellos ein Schwerpunkt sein, wenn es den französischen Radikalen gelingen sollte, die Einheitsfront mit England herzustellen. Es scheint fast, als ob die französische Linke-politik ihre politischen Richtlinien aus England beziehen, denn Herr Derriot tritt beinahe mit denselben Worten auf den Plan, wie sie seinerzeit Macdonald gebraucht hatte: Wiederherstellung des europäischen Friedens. In einem Interview mit dem Mitarbeiter des „Matin“ erklärte Herr Derriot: Poincaré ist daran schuld, daß die Demokratie in Deutschland vernichtend geschlagen wurde, und die deutschen Nationalisten heute die Sieger sind. Poincaré habe das deutsche Volk in den Nationalismus hineingetrieben und es werde jetzt Aufgabe einer gemäßigten französischen Regierung sein, die Demokratie in Deutschland wieder zu stärken. Mit denselben Versuchen, die deutsche Öffentlichkeit zu beeinflussen und der deutschen Demokratie Konzeptionen zu machen, ist auch der englische Ministerpräsident Macdonald hervor getreten. Es gelang ihm allerdings nicht, das schwer erschütterte Vertrauen des deutschen Volkes in die sogenannte „gemäßigste Regierung“ der alliierten Länder wieder herzustellen. Wie haben in Deutschland wahrhaftig wenig von dieser Wählung gemerkt und was uns jetzt bei den Verhandlungen über die Sachverständigen-Gutachten bevorsteht, hat wahrhaftig nicht sehr viel mit Wählung zu tun. Derriot versichert, die Rechte Frankreichs müssen gewahrt bleiben und Macdonald stimmt ihm zu, indem er betont, daß Deutschland sich der Durchführung der Sachverständigen-Gutachten nicht entziehen würde. Es besteht also zwischen London und Paris jetzt volle Übereinstimmung darin, daß Deutschland die Opfer der Sachverständigen-Vorschläge auf sich nehmen müsse, um die Reparationsschuld an Frankreich zu zahlen.

Die französischen Linksparteien glauben schon jetzt die Entwicklung voraussehen zu können. Sie erklären, daß ein von chauvinistischer Einstellung befreites Frankreich die allgemeine politische Situation in Europa erheblich entspannen würde, und das England und Frankreich die Garantien für die Wohlfahrt Europas zu stellen bereit seien. In diesen Erklärungen liegt eben gerade der tiefste Grund, der die beiden englisch-französischen Linkenparteien auf das übrige Europa auszuüben beabsichtigen. Sie werden sich wieder als die Prinzipienträger der Welt-demokratie aufspielen und die sogenannten nationalisierenden Regierungen beschuldigen, durch Unmännlichkeit die Sicherstellung des Friedens zu gefährden. Die französische Linke wird es vorzugsweise nicht allzu schwer haben, sich in Frankreich durchzusetzen, wenn England den Vakt mit ihr eingeht. Voraussetzungsweise wird die Entschärfung dann abermals neue Konstellationen in Europa hervorbringen. Während unter der Herrschaft Poincarés England und Frankreich unverwundliche Gegner geworden waren, die die Entschärfung zeigten, gegeneinander ein System von Bündnissen aufzuarbeiten, werden beide jetzt als befreundete Mächte auftreten und die bisherigen Bündnis-Verhältnisse völlig zerbrechen.

Man sieht aus dem französischen Wahlergebnis, daß manchmal durch ganz oberflächliche Veränderungen in der politischen Einstellung einer einzigen Nation die gewaltigen geschichtlichen Ereignisse ihres Vorbereitungs finden.

Der Deutsche Tag in Rassel verboten.

* Rassel. Die Behörden haben den für den 31. Mai und 1. Juni in Aussicht genommenen Deutschen Tag in Rassel, wobei Versammlungen unter freiem Himmel vorgesehen sind, verboten. Die Fries in geschlossenen Räumen zum stattfinden.

Französische Gewalttate in Düsseldorf.

Düsseldorf. Bekanntlich hatte sich die Stadtverwaltung geweigert, eine von den Franzosen neu eingeführte Militärkaserne zu erbauen, da das Reich nicht gewillt war, die Kosten dieser Kaserne zu tragen. Der Stadt war aufgegeben worden, trotzdem am 17. Mai die Bauten zu beginnen, widrigenfalls die Folgen der Stadtverwaltung und auch die Fraktionsführer der Stadtvertretung verhaftet werden sollten. Der Bau ist am 17. Mai nicht begonnen worden. Infolgedessen sind die Franzosen gestern dazu übergegangen, zunächst eine Reihe wichtiger Gebäude zu beschlagnahmen. Es sind dies das Werk 9 der Rheinmetall, das neuerbaute Werk Rheinmetall, mehrere Schlachthäuser, die gedeckte Reithahn der Polizei an der Cassitten-Allee, sämtliche seinerzeit für die Schupo errichteten Wohnungen, insgesamt 145, die Konzeptions des Zoologischen Gartens und der gesamte Kunstpalast. Im Kunstpalast sollte am 1. Juni die diesjährige große Kunstausstellung eröffnet werden. Die Säle des Zoologischen Gartens, der augenblicklich im Wiederaufbau ist und einen regen Besuch aufweist, waren, nachdem sie von den Franzosen geräumt worden waren, mit großen Kosten wiederhergestellt und neu ausgestattet worden. Sie sind erst vor wenigen Tagen dem Publikum wieder geöffnet worden.

Die Franzosen haben in den letzten Tagen eine große Reihe neuangelegener Befestigungsanlagen nach Düsseldorf gebracht.

Schwere „Sanktionen“

der belgischen Besatzungsbehörde über Duer.

* Duer. Der Kommandant der belgischen Ruhrarmee hat über die Stadt Duer wegen angeblichen Diebstahls einer auf dem Bahnhof befindlichen belgischen Fahne folgende Sanktionen über Duer verhängt: In dem Stadtteil Duer sollen die Cafés, Wirtschaften, Kinos und Konzertsäle für eine Zeit von 15 Tagen geschlossen sein. Vom 20. Mai bis 5. Juni werden die belgischen Fahnen aufgestellt auf folgenden öffentlichen Gebäuden: Bahnhof, Schupo-Kaserne und zwei Schulen. Die Fahnen müssen geliefert werden von der Stadt Duer und sollen der gewöhnlichen Art sein. Vom 20. Mai bis 5. Juni werden alle Gebäude der Einwohner von Duer für Versammlungen, Gesellschaften, Erlaubnisfeste jeder Art verweigert werden. Im Falle, daß der oder die Täter bekannt und den belgischen Behörden ausgeliefert werden, werden die Sanktionen aufgehoben.

Zur Lage im Ruhrbergbau.

Die Parteien nach Berlin geladen.

* Essen. Der Reichsarbeitsminister hat zur Beurteilung der Rechtslage im Ruhrbergbau durch die Sachverständigen die Parteien für Mittwoch, den 21. Mai nach Berlin geladen.

Rechtliche Gutachten für den Vergarbeiterstreik.

* Berlin. Als Sachverständige für die Abgabe des Gutachtens über die Frage, welche Regelung der Arbeitszeit im Ruhrbergbau zu Recht besteht, hat der Vorsitzende des vorläufigen Reichsvereins der Bergarbeiter Dr. Bremer, Universitätsprofessor Dr. Rastel, Dr. Sindelimer und Dr. Fued, sowie Landgerichtsrat Dr. Birkel vorgezogen.

Die Arbeitgeberverbände zum Schreiben des Zeichenverbandes.

* Essen. Zu dem Schreiben des Zeichenverbandes an den Reichsarbeitsminister, worin die Annahme des Berliner Schiedsspruches mitgeteilt wird und zu dem auf den Zeichenverband eingehenden Vorschlag gehen die vier Arbeitgeberverbände folgende Erklärung ab: Das Schreiben des Zeichenverbandes kann an der Rechtslage, sowie an dem Beschluß der Konferenz der Organisationen nichts ändern. Die Beschlüsse der Organisationen haben nach wie vor Geltung. Demnach besteht nach der Arbeitsordnung die im alten Tarifvertrag festgelegte Arbeitszeit unter und über Tage. Die vier Arbeitgeberverbände.

* Essen. Die vier Arbeitgeberverbände erlassen folgenden Aufruf an ihre Mitglieder: Belegschaftsversammlungen einzelner Becken des Ruhrgebietes haben beschlossen, mit allen Mitteln, ganz gleich, ob gesetzlichen oder ungesetzlichen, den gegenwärtigen Kampf zu verschärfen und Notstandarbeiten zu verhindern. Diese Beschlüsse werden von den unterzeichneten Organisationen aufs schärfste verurteilt. Sie stehen mit den gewerkschaftlichen Grundätzen im Widerspruch und dürfen unter keinen Umständen von den Bergarbeitern verfolgt werden. Die Ruhrbergleute wurden in den gegenwärtigen Kampf von den Unternehmern hineingedrängt. Er kann nur zentral von den am Tarifvertrag beteiligten Organisationen geführt werden. Deren Beschlüsse allein sind maßgebend und zu beachten. Es kann nicht Aufgabe einzelner Belegschaften sein, betreffs Führung des Kampfes Beschlüsse zu fassen. Dadurch würde nur eine einseitige Führung des Kampfes unmöglich gemacht. Die unterzeichneten Organisationen fordern ihre Mitglieder auf, nur an solchen Versammlungen teilzunehmen, welche von diesen einberufen sind.

600 000 Arbeiter ausgesperrt.

* Berlin. Blättermeldungen aus Essen zufolge wird nach Mitteilungen aus Gewerkschaftskreisen die Zahl der ausgesperrten Arbeiter im Ruhrbergbau auf 600 000 angesetzt.

Das Zusammengehen der Rechtsparteien.

Berlin, 20. Mai. Führende Politiker der Rechtsparteien sind gegenwärtig eifrig bemüht, eine Einheitsfront aller nationalgerichteten Kreise herzustellen, die sich weniger im Parlament, als im politischen Leben aktiver machen soll. Wie wir hierzu erfahren, handelt es sich dabei in erster Linie darum, daß die Führer der Deutschnationalen, der Deutschsozialistischen und der Deutschen Volkspartei, soweit sie für den Zusammenbruch der Rechtsparteien zu einer nationalen Arbeitsgemeinschaft bereit sind, in händiger Fühlung untereinander bleiben und sich jeweils über gemeinsame Schritte gegenseitig den politischen Problemen verständigen. Diese Bestrebungen werden besonders von deutschsozialistischer Seite begrüßt und haben bereits dazu geführt, daß die nationalsozialistische Freiheitspartei die Verpflichtung eingegangen ist, rechtsgerichtete Regierungen im Reich und in den Einzelstaaten wohlwollend zu unterstützen und jede unnötige Schärfe ihnen gegenüber zu vermeiden.

Das außenpolitische Programm der Mittelparteien.

* Berlin. Die der Berliner Lokalsatzung aus parlamentarischen Kreisen hört, ist das außenpolitische Programm, das die Führer der Mittelparteien zum Zwecke der bevorstehenden Verhandlungen mit den Deutschnationalen über die Koalitionshildung ausarbeiten wollten, im wesentlichen fertiggestellt. Es schließt sich eng an die Richtlinien an, nach denen die Reichsregierung die Verhandlungen mit den Entente-regierungen über die Realisierung der Sachverständigenberichte zu führen gedenkt.

Der deutschnationale Kandidat.

Berlin, 20. Mai. In unterrichteten Kreisen verläutet, daß die deutschnationale Reichstaatsfraktion die Absicht habe, den deutschnationalen Abgeordneten Staatssekretär a. D. Dr. Wallraf als Kandidaten für den Reichstagswahlkreis in Vorkurs zu bringen. Von einer Nominierung Dr. Herzog würde die deutschnationale Partei Abstand nehmen, nachdem Dr. Herzog auf dem rechten Flügel der Partei lebhafteste Bedenken hervorgerufen hatte. Es sei zwar nicht beabsichtigt, den Führer Herzog in den Hintergrund treten zu lassen, aber zur Zeit empfehle es sich, ihn nicht mit der Führung der deutschnationalen Regierungspolitik zu betrauen.

Zusammenschluß-Versuche bei der radikalen Linken.

Im Lager der Linksparteien haben sich in den letzten Tagen einige nicht unwesentliche Neugruppierungen vollzogen. Während die Sozialdemokratie sich immer mehr von den übrigen Linksparteien löst, unternehmen gewisse linksdemokratische und republikanische Kreise die Organisation eines Einheitsblocks in Deutschland, dessen Ziel es ist, die rechtsstehenden Parteien planmäßig zu bekämpfen. Wie wir erfahren, soll der republikanische Reichsbund als Kampfororganisation der Republikaner neu ausgebaut werden. In Frankfurt a. M. findet am nächsten Monats eine Konferenz der Führer des republikanischen Reichsbundes statt, auf der eine Verschmelzung dieses Bundes mit der neugegründeten Organisation „Reichsbanner Schwarz-rot-gold“ stattfinden soll. Ein weiteres Ziel der Führer der Linken ist die Schaffung einer einheitlich organisierten republikanischen Jugendbewegung. Zu zahlreichen Versuchen der republikanischen Verbände kommt übrigens die Absicht zum Ausdruck, die Organisation der radikalen Linken nach dem Muster der rechtsstehenden Verbände auszugestalten. — Von besonderem Interesse ist es, daß die radikalen Republikaner neuerdings den Kommunisten gegenüber eine sehr wohlwollende Haltung einnehmen. Es verläutet, daß die Führer der republikanischen Organisationen beschlossen haben, sich von der Bekämpfung der kommunistischen Untertöne in Deutschland fernzubalten.

Die Vorgänge in Halle a. S.

anlässlich der Wiederaufrichtung des Marktedenkmals hat die sozialdemokratische preussische Landtagsfraktion zum Gegenstand einer großen Anfrage gemacht, in der es heißt: 1. Warum hat das Staatsministerium die Versammlungen unter freiem Himmel in Halle a. S. am 11. Mai genehmigt, während alle entsprechenden Veranstaltungen der Arbeiterkraft am 1. Mai ausnahmslos verboten worden sind? Konnte das Staatsministerium nicht voraussehen, daß die Denkmalweihe in Halle zu monarchistischen und militaristischen Kundgebungen ausgenützt werden würde? 2. Was gebietet das Staatsministerium zu tun, um die Zukunft zu garantieren, daß in Preußen wie bisher die öffentliche Ordnung gegen alle Propagandisten des Bürgerkrieges unbedingt gesichert wird? Ist das Staatsministerium bereit, die Gewähr dafür zu übernehmen, daß bei der Handhabung der polizeilichen Befugnisse nicht wieder, wie in diesem Falle, verschiedene Bevölkerungsteile mit verschiedenen Mäßen gemessen werden?

Folgen schwerer Grubenbrand.

* Rattowitz. Auf dem Alderichsicht des Kohlenbergwerks Flora in Dombrowa brach infolge unvorsichtigen Umgangs mit einer Grubenlampe ein schwerer Grubenbrand aus. Ein Arbeiter und neun Pferde sind tot. Der Sachschaden ist sehr groß. Ein Teil des Betriebes ist vorläufig auf längere Zeit stillgelegt.